

II-1711 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

11.7.1968

757/A.B.

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

zu 727/J

des Bundesministers für Landesverteidigung Dr. - P r a d e r -  
auf die Anfrage der Abgeordneten - R o b a k - und Genossen,  
betreffend Auflassung der Expositur des Ergänzungskommandos für das  
Burgenland in Oberwart.

-.--.-.-

In Beantwortung der in der Sitzung des Nationalrates am 15. Mai 1968  
überreichten, an mich gerichteten Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat  
Robak, Müller, Babanitz und Genossen, betreffend Auflassung der Expositur  
des Ergänzungskommandos für das Burgenland in Oberwart, Nr. 727/J, beehre  
ich mich folgendes mitzuteilen:

Zur ersten Frage:

Die Bestrebungen, durch Rationalisierungsmaßnahmen in verschiedenen  
Verwaltungsbereichen eine Verwaltungsvereinfachung und damit eine Ver-  
minderung des Verwaltungsaufwandes zu erreichen, lassen es auch im Bereiche  
des Bundesministeriums für Landesverteidigung geboten erscheinen, nach ge-  
eigneten Lösungen zu suchen, um den aufgezeigten Zielsetzungen zu ent-  
sprechen. Eine eingehende Prüfung sämtlicher Möglichkeiten zur Rationali-  
sierung im Bereiche des Ergänzungswesens hat ergeben, daß die Auflösung  
der Außenstellen der Militärkommanden einerseits eine beachtliche Ver-  
minderung des Verwaltungsaufwandes bewirkt, andererseits auch vertretbar  
ist, weil ansonsten bestehende militärische Einrichtungen mit der Erteilung  
von Auskünften in Ergänzungsangelegenheiten betraut werden können. Dem-  
zufolge wurden mit Wirkung vom 1. Juli 1968 sämtliche bei Militär-  
kommanden eingerichtete Außenstellen, darunter auch die Außenstelle des  
Militärkommandos Burgenland in Oberwart, aufgelassen."

Zur zweiten Frage:

In personeller Hinsicht darf ich bemerken, daß durch die Auflösung/  
der Außenstellen  
der Militärkommanden etwa ein Drittel des gegenwärtigen Personalstandes  
aller Außenstellen eingespart wird. Diese Personaleinsparung ergibt sich  
hauptsächlich dadurch, daß die Führung einer Ergänzungsabteilung an einem  
Ort wirtschaftlicher und personalsparender erfolgen kann als bei einer  
Verteilung auf mehrere Orte. Allerdings ist eine entsprechende Vorsorge  
hinsichtlich des von der gegenständlichen Rationalisierungsmaßnahme  
betroffenen Personals unumgänglich. Soweit diese Personen nicht bei den

757/A.B.

zu 727/J

- 2 -

Ergänzungsabteilungen der Militärkommanden weiter Verwendung finden können sowie überall dort, wo Versetzungen an einen anderen Dienstort nicht zumutbar erscheinen, soll -- um Härten zu vermeiden -- freiwerdendes Personal nach Möglichkeit in der territorialen Organisation des Bundesheeres untergebracht werden; auf diese Weise können überdies Militärpersonen für die Einsatztruppe freigemacht werden.

Darüber hinaus sind Vorkehrungen erforderlich, die sicherstellen, daß Personen, die Auskünfte in Ergänzungsangelegenheiten benötigen, durch die gegenständliche Maßnahme nicht Nachteile erwachsen. Es wurden daher mit Erlaß vom 17. Mai 1968, Zl. 46.464-Erg/68, im Bereiche sämtlicher Garnisonen eigene Auskunftsstellen in Ergänzungsangelegenheiten eingerichtet. Auf diese Weise können in wesentlich größerem Umfang als früher einschlägige Informationen eingeholt werden, ohne daß jedoch hierfür zusätzliches Personal benötigt würde.

Zur dritten Frage:

Im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Auflösung der Außenstellen als Rationalisierungsmaßnahme bundeseinheitlich zu treffen, glaubte ich auf eine Befassung des burgenländischen Landeshauptmannes und der burgenländischen Landesregierung - ebenso wie in den anderen Bundesländern - verzichten zu können.

-.-.-.-.-